

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/026/11-16
Sitzungsdatum	Dienstag, den 11.06.2013
Sitzungsbeginn	18:30 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Marion Götz

Mitglieder

Herr Mark Bansemer
 Herr Olaf Beisel
 Herr Ulrich Hausner
 Herr Bernd Messerschmidt
 Herr Peter Schmidt
 Herr Florian Uebelacker ab Top 1.1
 Herr Reiner Veith
 Herr Günther Winfried Weil vertreten durch Frau Eisenhardt

Schriefführerin

Frau Madeline Cacalano

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius bis Top 1.2
 Herr Achim Güssgen-Ackva
 Frau Beate Neuwirth ab Top 1.3
 Herr Erich Wagner

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller bis Top 1.2
 Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth
 Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske
 Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck

Verwaltung

Frau Cornelia Becker;
 Leiterin des Haupt- und Personalamtes zu Top 1.1 und Top 1.3
 Frau Christine Böhmerl;
 Stellvertretende Leiterin der Stadtkasse zu Top 1.3
 Herr Jörg Morick;
 Leiter der Kämmerei und der Entsorgungsbetriebe zu Top 1.3 und Top 2
 Frau Dr. Christiane Pfeffer;
 Leiterin des Stadtbauamtes und des zu Top 1.3
 Liegenschaftsames/Rechtswesen

Herr Thomas Rose; Leiter der IT-Abteilung	zu Top 1.1 und Top 1.3
Herr Jürgen Schlerf; Leiter des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung	zu Top 1.3
Herr Benjamin Sturm; Leiter der Finanzabteilung	Zu Top 2

Gäste

Herr Dieter L. Krach; Betriebsleiter Eigenbetrieb WEBIT	zu Top 1.1
--	------------

Ausschussvorsitzende Götz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Aus terminbedingten Gründen des Bürgermeisters und weil nur er einen Sachstandsbericht zum Windpark Winterstein erteilen kann, zieht Vorsitzende Götz den Tagesordnungspunkt

11-16/0522	Interkommunale Zusammenarbeit für das Projekt Windpark Winterstein Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2013 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2013
------------	---

vor, so dass dieser als **Tagesordnungspunkt 1.2** abgehandelt wird.

Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Interkommunale Zusammenarbeit
1.1	11-16/0484 11-16/0484-1	Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2012 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2012
1.2	11-16/0522	Interkommunale Zusammenarbeit für das Projekt Windpark Winterstein Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2013 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2013
1.3	06-11/1348 11-16/0535	Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.07.2010 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2010
2	11-16/0549	Genehmigung der Haushaltssatzung 2013; Mitteilung gem. § 50 (3) HGO
3		Verschiedenes

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Interkommunale Zusammenarbeit

Vorsitzende Götz erläutert den Hintergrund der Sondersitzung zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit. Durch mehrere Fraktionsanträge wurde dieses zentrale Thema kommunaler Aufgabenerfüllung in den vergangenen drei Jahren auf die Agenda der Stadtverordnetenversammlung gebracht und konkrete Arbeitsaufträge hierzu an den Magistrat erteilt. Die Sondersitzung soll dazu dienen, den aktuellen Stand der Bearbeitung für alle Aufgabenfelder der Stadt zu betrachten und, wo erforderlich, konkrete Vereinbarungen für das weitere Vorgehen zu treffen.

Bürgermeister Keller erläutert kurz das Thema Interkommunale Zusammenarbeit im Allgemeinen und aus politischer Sicht. Im Vordergrund der Interkommunalen Zusammenarbeit steht neben möglichen finanziellen Einsparungen das Ziel des Erhalts oder der Verbesserung von Dienstleistungsqualität.

**1.1. 11-16/0484-1 Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie
Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2012 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2012**

Haupt- und Personalamtsleiterin Becker gibt eine Stellungnahme bzgl. der Interkommunalen Zusammenarbeit. Sie geht auf die Werdegänge, die Wirkungen und die Voraussetzungen für eine Interkommunale Zusammenarbeit ein.

Der Leiter der IT-Abteilung, Herr Rose erläutert mit Bezug auf die Mitteilungsvorlage DS-Nr. 11-16/0484-1 die Bereiche der Informations- und Kommunikationstechnologie, in denen eine Interkommunale Zusammenarbeit mit dem IT-Eigenbetrieb WEBIT des Wetteraukreises aus seiner Sicht möglich ist (Programme / Anwendungen). Zum Punkt „öffentlichen Ausschreibungen“ erklärt er, dass diese über WEBIT vorgenommen werden könnten und hier Einsparpotentiale für die Stadt Friedberg gesehen werden. Auch nutzt die WEBIT einen Service Desk (Help Desk), den die Stadt Friedberg nicht anwende, da zurzeit kein Bedarf bestehe. Sollte ein Vertrag zu Stande kommen, könnten in Bezug auf den Service Desk Kosten eingespart werden.

Herr Rose führt aus, dass eine Kooperation mit WEBIT auf bestimmten Gebieten eine Netzwerkverbindung voraussetzt, die im Moment nicht besteht. Dies könnte u.a. eine Glasfaserverbindung zwischen beiden Standpunkten sein. Es sei zu prüfen, ob für die Stadt Friedberg eine Netzwerkanbindung an den Netzwerkknotenpunkt des Wetteraukreises möglich ist. Aktuell erfolgt die Netzwerkanbindung über den Knotenpunkt der ekom21 in Gießen. Hierzu stehen noch technische Prüfungen seitens der ekom21 aus. Ein Statement der ekom21 wird im 4. Quartal 2013 erwartet.

Im Falle eines Vertragsabschlusses mit dem IT-Eigenbetrieb WEBIT ist es der IT-Abteilung der Stadt Friedberg wichtig, dass eine Partnerschaft auf Augenhöhe stattfindet und die eigene Entscheidungshoheit bestehen bleibt.

Der Leiter des Wetterauer Eigenbetriebs für Informations- und Kommunikationstechnologie (WEBIT), Herr Krach, hält einen Kurzvortrag, in dem er auf folgende Punkte eingeht:

- Vorstellung des Eigenbetriebs WEBIT
- mögliche Dienstleistungen und Inhalte einer Kooperation
- Strategische Grundsätze des Eigenbetriebs
- IT-Leistungsspektrum
- Gemeinsame Handlungsoptionen

Herr Krach führt aus, dass eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis je nach Ausgestaltung und Umfang weitreichende Synergieeffekte erwarten ließe. Dies resultiere u.a. daraus, dass im Kreis und in der Stadt die gleiche IT-Basis-Technologie eingesetzt und administriert werde und gleiche Betreuungsprozesse ablaufen. Auch die zu betreuenden Fachanwendungen in der Kreisverwaltung seien zu einem sehr hohen Anteil identisch mit denen der Stadtverwaltung. Er sieht große Potentiale einer möglichen Zusammenarbeit in den Bereichen Strategie, Netzwerk, Systemtechnik, Vergabemanagement, Betreuung der Fachanwendungen und Service-Desk. Die räumliche Nähe zwischen Kreishaus und Stadtverwaltung sei ein zusätzlicher Vorteil. (Die Powerpoint-Präsentation von Herrn Krach wird den Ausschuss-Mitgliedern mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.)

Herr Krach erklärt, dass von beiden Seiten eine formelle Willenserklärung (Letter of Intent) erforderlich ist, um mit der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis beginnen zu können. Danach gelte es, die Synergiepotentiale auf den möglichen Kooperationsfeldern gemeinsam im Detail zu ermitteln und die weitere strategische Vorgehensweise festzulegen. Im Anschluss wären dann ggf. die Voraussetzungen einer dauerhafteren Zusammenarbeit zu schaffen, z.B. der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags, eine Dienstleistungsvereinbarung o.a.

Vorsitzende Götz bedankt sich bei allen Rednern und lässt zahlreiche Fragen der Ausschussmitglieder zu den Themen Entscheidungsträger, Kosten, Einstellung der Gelder im Haushalt 2014 sowie Inhalte der Zusammenarbeit beantworten. Alle Diskussionsredner äußern sich positiv zu einer intensivierten Fortsetzung der Gespräche zwischen Stadt und Kreis.

Vorsitzende Götz nimmt Bezug auf die genannte Voraussetzung einer intensiven Gesprächsfortset-

zung (Letter of Intent) und schlägt Bürgermeister Keller vor, zur Abkürzung des Verfahrens (andernfalls nochmalige Antragstellung in der Stadtverordnetenversammlung, Magistratsvorlage usw.) direkt in der H + F-Sitzung zu erklären, einen Letter of Intent seitens der Stadt auf den Weg bringen zu wollen. Bürgermeister Keller sagt dies zu. Herr Krach erklärt ebenfalls vorbehaltlich der Zustimmung des im Wetteraukreis zuständigen Beschlussgremiums, einen Letter of Intent zügig auf den Weg zu bringen.

Vorsitzende Götz fasst abschließend mit Zustimmung der Ausschussmitglieder folgendes Ergebnis der Beratungen zusammen:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss ist erfreut, dass veranlasst durch den Stadtverordnetenbeschluss vom 13.12.2012 die Verantwortlichen von Stadt und Kreis zu dem für die Zukunftsfähigkeit der Stadt wichtigen Thema Informations- und Kommunikationstechnologie an einem Tisch zusammengefunden haben und erste Gespräche über die Möglichkeiten einer Kooperation in konstruktiver Form und zielorientiert geführt haben.
2. Die Ergebnisse der ersten Sondierungsgespräche zwischen Stadt und Kreis in Form der Mitteilungsvorlage DS-Nr. 11-16/0484-1 sowie der Präsentation des WEBIT-Betriebsleiters Herrn Krach werden mit Dank an die handelnden Akteure zur Kenntnis genommen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss begrüßt die aufgezeigten möglichen Synergiepotentiale einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie (ITK) und wünscht, dass die Gespräche mit WEBIT zielorientiert fortgesetzt werden.
4. Voraussetzung für eine vertiefte Kooperation von Kreis und Stadt auf verschiedenen Handlungsfeldern der ITK ist ein Letter of Intent, der von beiden Seiten auf den Weg zu bringen ist. Bürgermeister Keller sagt zu, eine solche formelle Absichtserklärung an den Wetteraukreis zeitnah auf den Weg zu bringen. Herr Krach stellt dies seinerseits vorbehaltlich der Zustimmung des zuständigen Entscheidungsgremiums des Wetteraukreises in Aussicht.
5. **Der Magistrat wird beauftragt, in regelmäßigen Abständen im Haupt- und Finanzausschuss über den Sachstand der Gespräche und der erreichten Kooperation zu berichten. Der erste Bericht wird im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2014 erwartet.**

1.2.	11-16/0522	Interkommunale Zusammenarbeit für das Projekt Windpark Winterstein Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2013 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2013
------	------------	--

Bürgermeister Keller verweist auf eine Einladung der Stadt Rosbach v. d. H. zu einem Workshop bzgl. „Interkommunaler Zusammenarbeit Windpark Winterstein“. Nach der Sommerpause sollen erste Vorschläge betreffend Verpachtung und Invest folgen. Derzeit werden noch keine Mittel für dieses Projekt benötigt.

1.3.	11-16/0535	Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Bezug: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.07.2010 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2010
------	------------	---

Nach einer kurzen Einführung ruft Vorsitzende Götz zunächst die **Nr. 11 Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung** der Vorlage DS-Nr. 11-16/0535 auf, da Amtsleiter Schlerf aus terminlichen Gründen die Sitzung früher verlassen muss.

Ausschussmitglied Messerschmidt fragt bzgl. einer Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungspolizei zwischen den Städten Friedberg und Bad Nauheim an.

Amtsleiter Schlerf erklärt, dass 2 neue Stellen im Bereich der Ordnungspolizei besetzt wurden und dass derzeit kein Bedarf an einer Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Nauheim bestehe.

Vorsitzende Götz bittet um eine nähere Analyse bzgl. des gesamten möglichen Aufgabenspektrums eines Ordnungsbehördenbezirks.

Mit Bezug auf die dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Unterlagen im Rahmen der Drucksache DS-Nr. 11-16/0535 erläutert Vorsitzende Götz die Auswirkungen aktueller Gesetze bzw. Gerichtsurteile, die sich auf die Interkommunale Zusammenarbeit niederschlagen (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und aktuelle Diskussion um die Umsatzsteuerpflicht für Beistandsleistungen).

Nr. 2 Haupt- und Personalamt – Standesamt

Zu diesem Punkt gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

Nr. 3 Haupt- und Personalamt – Personalverwaltung

Zu diesem Punkt gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

Nr. 4 Haupt- und Personalamt – Zentrale Dienste, Arbeitssicherheit

Zu diesem Punkt gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

Nr. 5 Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen

Haupt- und Personalamtsleiterin Becker teilt mit, dass die Zuständigkeit für Wohngeld aufgrund einer Landesverordnung ab dem 01.07.2013 beim Wetteraukreis liegt. Ausschussmitglied Uebelacker fragt nach einer Wohngeldstatistik, aus der hervorgeht, wieviele Wohngeldanträge pro Jahr (z.B. im Jahr 2012) bearbeitet wurden. Haupt- und Personalamtsleiterin Becker wird die Anfrage an den Leiter des Amtes für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen weiterleiten.

Nr. 6 Rechnungsprüfungsamt

Erster Stadtrat Ziebarth teilt auf Anfrage mehrerer Ausschussmitglieder mit, dass es bzgl. der Rechnungsprüfung im Hinblick auf die hohen Rechnungsbeträge des Kreises Überlegungen gibt, gemeinsam mit anderen Kommunen ein eigenes Rechnungsprüfungsamt zu bilden.

Nr. 7 Kämmerei – Finanzverwaltung

Mit Bezug auf die Ausführungen in der Drucksache wird von mehreren Ausschussmitgliedern nachgefragt, inwieweit „die Stadt Friedberg noch nicht den Stand der Genannten erreicht hat“. Hierzu teilt der Leiter der Kämmerei, Herr Morick, mit, dass die Stadt Bad Nauheim früher in die Doppik eingetreten sei als Friedberg. Friedberg habe mit der Umsetzung der Doppik 2009 begonnen. Ein genauer Zeitpunkt, wann Friedberg auf dem gleichen Stand wie Bad Nauheim sein werde, sei derzeit noch nicht absehbar.

Nr. 8 Entsorgungsbetriebe

Zu diesem Punkt gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

Nr. 9 Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen – Jugendpflege

Erster Stadtrat Ziebarth teilt mit, dass der Leiter des Amtes für soziale und kulturelle Dienste und Angelegenheiten Kontakte nach Bad Nauheim verfolgt. Vor dem Hintergrund vorübergehender krankheitsbedingter Personalengpässe und dem Ausfall einzelner Angebote in der Jugendarbeit in Friedberg wird aus dem Ausschuss nachgefragt, inwieweit die Frage einer vorübergehenden personeller Unterstützung Gegenstand der Kontakte gewesen ist. Dies ist nach Auskunft von Erstem Stadtrat Ziebarth nicht der Fall gewesen. Aus dem Ausschuss wird daher angeregt, eine intensivere Zusam-

menarbeit mit der Stadt Bad Nauheim zu verfolgen, um ggf. auch einmal einen Personalengpass durch eine gegenseitige Vertretung ausgleichen zu können.

Ausschussmitglied Bansemer fragt an, ob der Skater Contest auf dem Burgfeld dieses Jahr ausgefallen sei. Erster Stadtrat Ziebarth sagt zu, sich diesbezüglich zu erkundigen.

Nr. 10 Stadtkasse – Vollstreckungsstelle

Die stellvertretende Leiterin der Stadtkasse, Frau Böhmerl, führt aus, dass im Falle von Personal-mangel Vollstreckungsfälle an den Kreis zurückdelegiert werden können. Dies würde aber auch Kosten mit sich bringen. Im Fall einer interkommunalen Aufgabenwahrnehmung an anderer Stelle würden die kurzen Dienstwege innerhalb des Hauses wegfallen und eine Person müsste für die Kommunikation mit dem Kreis zur Verfügung stehen.

Frau Böhmerl erklärt, dass gemeinsame Schulungen mit anderen Städten oder dem Kreis im Hinblick auf eine Kostenersparnis vorgenommen werden können. Dies wurde in der Vergangenheit bereits mit der Stadt Bad Vilbel und dem Wetteraukreis praktiziert.

Nr. 12 Stadtbauamt – Bauhof

Die Leiterin des Stadtbauamtes, Frau Dr. Pfeffer teilt mit, dass im Bezug auf die Vereinbarung der Städte Friedberg, Bad Nauheim und Butzbach bzgl. der Nutzung von Sole und des dafür vorgesehenen Fahrzeuges bisher noch keine Abrechnung für das 1. Quartal 2013 vorliegt. Ein Abstimmungsgespräch hat bisher nicht stattgefunden.

Nr. 13 Stadtbauamt – Aufträge an Dritte – Grünpflege

Mehrere Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses kritisieren die aus ihrer Sicht schlechte Pflege der Grünflächen in Friedberg und sprechen sich dafür aus, Kontakte mit anderen Kommunen aufzu-nehmen.

Nr. 14 – Nr. 20

Zu diesen Punkten liegen keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vor.

2. 11-16/0549 Genehmigung der Haushaltssatzung 2013; Mitteilung gem. § 50 (3) HGO

Erster Stadtrat Ziebarth teilt mit, dass die umzusetzenden Punkte der Genehmigungsverfügung 2013 bereits in Bearbeitung sind. Zum Punkt „5. Haushaltswirtschaftliche Sperren“ wird es zeitnah eine Vorlage geben. Zum Punkt „7. Veräußerung von Vermögen“ wird sich der Magistrat beraten.

3. Verschiedenes

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschussvorsitzende Götz bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

(Vorsitzende)

(Schriftführerin)